

- 2 **Arbeitswelt** Autonom und abhängig
- 3 **Verwaltung** Lückenhafte Digitalisierung
- 4 **Medizintechnik** Zwischen Wettbewerbsdruck und Innovation
- 6 **Transformation** 13 von 15 Zielen verfehlt
- 7 **Transportlogistik** Gute Arbeit auf die Straße bringen

LABOR.A 2024

Die Lücke füllen

Die sozial-ökologische Transformation steht in den Startlöchern. Aber noch ist vieles ungeklärt. Auf der LABOR.A 2024 geht es darum, die konzeptionellen Lücken zu füllen.

Klimaneutraler Umbau der Wirtschaft, Anpassung von Konsum und Lebensstilen, im demokratischen Konsens und so solidarisch wie möglich. Das ist ohnehin kein leichtes Unterfangen, aber in Zeiten politischer Polarisierung, globaler Konflikte und wirtschaftlicher Hindernisse wie dem Fachkräftemangel wird die Transformation zur historischen Herausforderung. Zumal beinahe alle Lebensbereiche betroffen sind, vieles gleichzeitig geschehen muss und viele Fragen offen sind, etwa was der Einzug künstlicher Intelligenz ins Arbeitsleben für den Alltag der Menschen bedeutet.

Um Antworten zu finden, bringt die Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen der LABOR.A 2024 zum siebten Mal Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zusammen. Das Motto der Veranstaltung, die sich von Beginn an mit der Zukunft der Arbeit beschäftigt, aber jedes Jahr einen anderen Schwerpunkt setzt, lautet in diesem Jahr: „Fill the gap“ – die Lücke füllen. Dabei geht es um „Lücken in den Finanzen, in der öffentlichen Kommunikation, in der Weiterbildung, in der Zukunfts-

zuversicht“ und vieles mehr, so Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Mehr als 100 Fachleute referieren und diskutieren auf Podien unterschiedlichen Zuschnitts miteinander und mit dem Publikum. Mitmachen werden unter anderem die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, Verdi-Chef Frank Werneke, IG-BCE-Vorsitzender Michael Vassiliadis, Jochen Kopelke, GdP-Vorsitzender, sowie der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler. Die LABOR.A sei „wie ein Klassentreffen“ für alle, „die in Sachen Transformation unterwegs“ seien, sagt Schildmann. Gleichzeitig kämen aber jedes Jahr neue Akteurinnen und Akteure hinzu.

Die LABOR.A findet im Café Moskau in Berlin statt, eine – interaktive – Teilnahme ist auch digital möglich. Das Spektrum der Einzelthemen ist riesig: Von der Digitalisierung des Handwerks, Leiharbeit in der Kinderbetreuung, dem (Arbeits-)Leben als Youtuber über Personal-mangel in der Industrie, Lücken in der Tariflandschaft, die Möglichkeiten, Reichtum umzuverteilen, gelingenden Strukturwandel bis zu den aktuellen Gefahren für Demokratie und Mitbestimmung. <



MEHR HÖREN

Ein Ausblick auf die LABOR.A im Podcast „Systemrelevant“:
www.boeckler.de/de/podcast-22421-hat-projekt-sozial-ökologische-transformation-eine-zukunft-63132.htm

LABOR.A 2024

Am 19. September 2024 diskutieren Expertinnen und Experten auf der LABOR.A über die Zukunft der Arbeit. Infos und Anmeldung unter www.labora.digital/2024/

Autonom und abhängig

Influencer, Youtuber oder Blogger – was macht die Arbeit als Content Creator aus? Eine Studie untersucht das Selbstverständnis von Menschen, die ihr Geld mit sozialen Medien verdienen.

Blogs und Social-Media-Plattformen wie Youtube und Instagram erfreuen sich großer Beliebtheit. Manche verdienen sich dort sogar ihren Lebensunterhalt. Das Berufsbild der sogenannten Content Creators wurde bisher jedoch kaum beleuchtet. Was macht ihre Arbeit aus? Und welches Bild haben sie von sich und ihrer Tätigkeit? Diesen Fragen geht eine Studie von Fabian Hoose und Sophie Rosenbohm von der Universität Duisburg-Essen nach. Der Sozialwissenschaftler und die Sozialwissenschaftlerin haben Blogposts und Videos analysiert und Interviews mit den Erstellerinnen und Erstellern dieser Inhalte geführt.

Die Bereiche, in denen die Content Creators tätig sind – Mode, Beauty, Familie, Reisen, Essen – könnten unterschiedlicher kaum sein. Und doch haben die Forscherin und der Forscher eine Gemeinsamkeit ausgemacht: Die Akteure und Akteurinnen haben ein starkes Bedürfnis, sich als „professionelle Kreative“ darzustellen und sich so von der Masse der Menschen, die in ihrer Freizeit Inhalte in sozialen Medien veröffentlichen, abzuheben. Auch wenn die Einnahmen überwiegend aus Werbekooperationen stammen, definieren sich die Befragten in ihrem Selbstverständnis nicht darüber. Sie bezeichnen sich als Bloggerin, Editor, Videoproduzentin, Youtuber oder Content Creator. Der Begriff Influencer wird aufgrund seiner negativen Konnotation und der Reduzierung auf werbliche Aspekte weitgehend abgelehnt. „Die Konstruktion dieses Narratives trägt dazu bei, ihre Aktivitäten zu rechtfertigen, und ist somit ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit als Content Creator“, schreiben Hoose und Rosenbohm.

Unter den Befragten sind 14 Frauen und vier Männer, die zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 24 und 43 Jahre alt waren. Alle Befragten sind selbstständig. Die meisten hatten zuvor ein reguläres Arbeitsverhältnis, das sie zugunsten der Social-Media-Tätigkeit aufgegeben haben. In der Regel betreiben die Creators ihre Blogs oder Social-Media-Kanäle allein und ohne feste Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, so dass sie als Solo-Selbstständige bezeichnet werden können. Die wichtigste Plattform ist für viele Youtube. Hinzu kommen weitere Auftritte auf Plattformen wie Facebook, Pinterest, Twitch, Spotify sowie Crowdfunding-Plattformen wie Patreon und Steady.

In den von den Forschenden analysierten Videos und Blogs erklären die Content-Profis ihrem Publikum oft ausführlich, was sie tun und wie viel Arbeit dahinter steckt. Die am häufigsten verwendeten Begriffe sind „Arbeit“, „Geld“, „Beruf“ und „Spaß“. Sowohl „Geld“ als auch „Spaß“ werden in mehr als der Hälfte der Beiträge erwähnt. Das Wort „Geld“ wird jedoch zweieinhalbmal häufiger genannt als

„Spaß“. „Das deutet darauf hin, dass es ihnen wichtig ist, ihre Arbeit und ihren Aufwand für das Publikum sichtbar zu machen“, so Hoose und Rosenbohm. Es werde deutlich, dass viele der analysierten Beiträge einen rechtfertigenden Charakter haben: „Insbesondere betonen sie, dass es sich um ‚echte Arbeit‘ handelt. Damit wehren sie sich gegen mögliche Vorwürfe, ihre Arbeit sei nur eine Freizeitbeschäftigung, die jeder machen könne.“

Das Motiv, ihrem Publikum zu erklären, warum sie bestimmte Dinge tun müssen und welchen Abhängigkeiten sie von Seiten der Plattformen und deren Werbepartnern ausgesetzt sind, ist in vielen Beiträgen präsent. Dies zeigt den Spagat, den die Profis in diesem Bereich vollbringen müssen: Oft haben sie ihre Tätigkeit als Amateure begonnen, ohne wirtschaftlichen Druck. Dadurch konnten sie sehr kritisch mit bestimmten Marken, Produkten oder auch der Plattform umgehen. Je größer die finanzielle Abhängigkeit von Sponsoren wird, desto schwieriger wird es, diese kritische Haltung aufrechtzuerhalten.

Eine gewisse Ambivalenz zeigt sich auch in den Interviews: Einerseits legen die Befragten Wert auf ein hohes Maß an Autonomie. Der Wunsch, der eigene Chef oder die eigene Chefin zu sein, wird stark betont. Andererseits werden strukturelle Abhängigkeiten deutlich: Sie müssen sich an die Regeln und Bedingungen der Plattformen halten, auf denen sie ihre Inhalte veröffentlichen. Sie müssen die Erwartungen des Publikums erfüllen. Und sie müssen ihren Mehrwert für die Werbepartner nachweisen.

„Plattformen nehmen eine immense Rolle in unserer Kommunikation und unserem Medienkonsum ein. Daraus ergeben sich viele Berufsfelder, die die Arbeitswelt der Zukunft verändern, wie das des professionellen Content Creators“, erklärt Lisa Basten, Leiterin der Forschungsstelle Arbeit der Zukunft in der Hans-Böckler-Stiftung. „Die Arbeit als Creator bringt kreative Freiheiten, aber auch wirtschaftliche Abhängigkeiten mit sich, genau wie Reibungspunkte mit unseren Sozialsystemen. Eine kollektive Interessenvertretung ist immens schwierig, aber dringend nötig.“ ◀

Quelle: Fabian Hoose, Sophie Rosenbohm: Self-representation as platform work: Stories about working as social media content creators, *Convergence*, Februar 2024 [Link zur Studie](#)

MEHR WISSEN

Fabian Hoose und Sophie Rosenbohm präsentieren ihre Forschung im Rahmen der **LABOR.A 2024** und diskutieren über „(K)eine Arbeit?! Arbeitspolitische Herausforderungen von Content Creation“. Live dabei sein am 19.09. ab 9:30 Uhr unter www.labora.digital/2024/

Lückenhafte Digitalisierung

In der öffentlichen Verwaltung hakt es in mancherlei Hinsicht bei der Digitalisierung. Leidtragende sind unter anderem die dort Beschäftigten.

Server statt Aktenschränke: Auch Behörden und Ämter in Deutschland setzen zunehmend auf digitale Technologie. Wie weit diese Entwicklung gediehen ist und wie sie sich auf die Effizienz der Verwaltung und die Arbeitsbedingungen auswirkt, haben Philipp Gräfe und Jörg Bogumil von der Ruhr-Universität Bochum sowie Liz Marla Wehmeier und Sabine Kuhlmann von der Universität Potsdam untersucht. Der von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie zufolge gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Behörden. Selbst in fortgeschrittenen Bereichen sei der Digitalisierungsstand „ausbaufähig und problembehaftet“. Die Vorteile innovativer Technologien kämen oft nur eingeschränkt im Arbeitsalltag der Beschäftigten an – was teilweise zu erheblichem Unmut in der Belegschaft führt.

Bei ihrer Untersuchung haben sich die Forschenden auf bürgernahe und „vergleichsweise fortgeschrittene“ Verwaltungsbereiche konzentriert: Kfz-Zulassung, Baugenehmigung, Finanzämter und Elternleistungen rund um die Geburt. Im Rahmen von Fallstudien wurden 79 Expertinnen und Experten unter anderem aus Amtsleitungen, Personalräten, der Sachbearbeitung und Ministerien interviewt sowie Dokumente und Literatur ausgewertet. Zusätzlich fand eine Online-Befragung statt, an der über 1700 Beschäftigte aus der öffentlichen Verwaltung teilgenommen haben.

Ein Vorreiter ist laut der Studie die Steuerverwaltung: Alle Finanzämter bieten die elektronische Einkommenssteuererklärung „Elster“ an, die bereits 1999 eingeführt und allein 2021 etwa 32 Millionen Mal genutzt wurde. Die internetbasierte Kfz-Zulassung ist mittlerweile bei 83 Prozent der zuständigen Behörden etabliert, 2021 wurden hier allerdings nur 0,6 Prozent der Vorgänge online abgewickelt. Baugenehmigungsbehörden bieten zu 42 Prozent digitale Bauanträge an, deren „digitale Reife“ variiert. Für Elternleistungen wie die Geburtsanzeige oder die Beantragung von Kinder- und Kindergeld stehen getrennte digitale Antragsassistenten bereit. In Bremen und Hamburg wurden in Pilotprojekten „digitale Kombianträge“ eingeführt, die Verwaltungsleistungen bündeln, bislang aber nur selten genutzt werden.

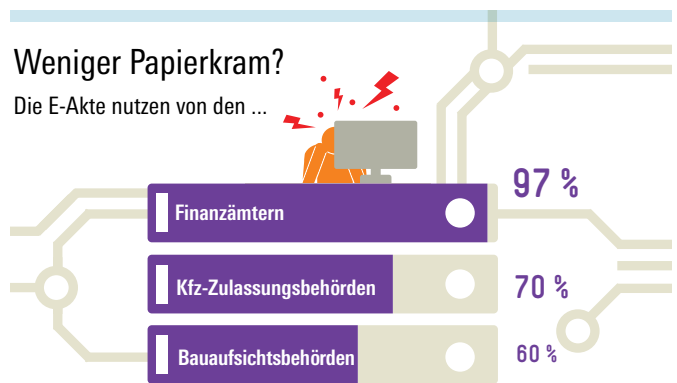
Als ein Problem machen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus, dass viele Behörden die interne Digitalisierung vernachlässigen. Die E-Akte etwa werde zwar von nahezu allen Finanzämtern genutzt, aber nur von 70 Prozent der Kfz-Zulassungsbehörden und 60 Prozent der Bauaufsichtsbehörden. Zudem werde oft parallel noch mit Papierakten gearbeitet, was doppelten Aufwand verursacht. Wegen der unvollständigen Digitalisierung komme es zu „Medienbrüchen“, die dazu führen, dass beispielsweise Anträge in PDF-Form von Hand neu abgetippt werden müssen.

Eigentlich solle die Digitalisierung das Personal in der Verwaltung entlasten, heißt es in der Studie. Tatsächlich herrsche dort aber „große Unzufriedenheit“. Den Stand der Digitalisierung bewerten Beschäftigte in der Kfz-Zulassung

im Schnitt mit der Schulnote 3, in der Bauaufsicht mit einer 4, in den Finanzämtern sogar nur mit einer 5. Ein wichtiger Grund dafür sind häufige Softwareausfälle und Technikfehler, die in der Finanzverwaltung 94 Prozent als Belastung empfinden, in der Kfz-Zulassung 64 Prozent, in der Bauaufsicht 54 Prozent. In allen Bereichen geben mindestens neun Zehntel der Befragten an, dass das Mailaufkommen zugenommen hat. Insbesondere in den Finanzämtern stellen Arbeitsverdichtung und zum Teil zunehmende Komplexität der Aufgaben ein Problem dar.

Was Effizienzsteigerungen durch digitale Lösungen angeht, zeige die Analyse ein ambivalentes Bild, schreiben Gräfe, Wehmeier, Bogumil und Kuhlmann. Zwar seien in allen Bereichen Vorteile durch verbesserte Fallbearbeitung, den Wegfall von Postwegen und automatisierten Datenaustausch zu beobachten. Dem stünden aber Mehrarbeit durch parallele analoge und digitale Prozesse und neu hinzugekommene Aufgaben wie Scannen oder Softwareadministration entgegen. Zugleich gebe es keine Hinweise darauf, dass die Digitalisierung zu weniger Rechtsstreitigkeiten oder abnehmender Fehleranfälligkeit geführt hat.

Eine erfolgreiche Digitalisierung sei nicht nebenbei von den vorhandenen Beschäftigten zu stemmen, sondern ma-



Quelle: Gräfe u. a. 2024

Hans Böckler
Stiftung

che zusätzliches spezialisiertes Personal erforderlich, erklären die Forschenden. Oft finde aber das Gegenteil statt: Der Personalstock bleibe gleich oder sinke sogar, weil Beschäftigte in Rente gehen und nicht ersetzt werden. Die Digitalisierung werde als entlastender Faktor von Politik und Führungskräften „eingepreist“, obwohl die „digitale Reife“ bislang nur teilweise bei den Sachbearbeitenden angekommen ist. Damit sich die Situation verbessert, gelte es, Technikprobleme zu beseitigen, die Umstellung auf die E-Akte zu beschleunigen sowie das Personal angemessen zu informieren und zu schulen. <

Quelle: Philipp Gräfe u. a.: Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 364, Juli 2024; Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 2024 [Link zur Studie](#)

Zwischen Wettbewerbsdruck und Innovation

Die Medizintechnik ist für Deutschland eine wichtige Wachstumsbranche. Um bestehen zu können, braucht sie die Unterstützung der Politik und die Mitbestimmung der Beschäftigten.

Die deutsche Medizintechnikbranche steht vor technologischen, regulatorischen, wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Herausforderungen. Die Digitalisierung treibt die Entwicklung neuer Produkte und Herstellungsverfahren voran. Das bietet enorme Chancen. Gleichzeitig befindet sich die Branche in einer Phase des Umbruchs und ist wachsendem Wettbewerb ausgesetzt. Wie sich das auf die Unternehmen in Deutschland und die Beschäftigten auswirkt, hat ein Team von Forschenden des VDI Technologiezentrums im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersucht. Die Forscherinnen und Forscher werteten dazu umfangreiches Datenmaterial sowie Fachliteratur und Marktprognosen aus. Ergänzt wurde die Analyse durch Interviews mit Expertinnen und Experten aus Unternehmen, Verbänden, Betriebs- und Aufsichtsräten.

Gemessen am Umsatz und an der Zahl der Beschäftigten zählt die Medizintechnik zu den aufstrebenden Branchen in Deutschland. Auf dem Weltmarkt sind deutsche Unternehmen stark vertreten – sie erwirtschaften rund ein Viertel des weltweiten Umsatzes. Allerdings wächst die Konkurrenz, vor allem aus den USA, aber auch aus China und Indien. Zudem sind die globalen Lieferketten seit der Corona-Pandemie und anderen internationalen Krisen unter Druck geraten. Die besondere Herausforderung besteht darin, in dieser Situation gleichzeitig die heimischen Standorte zu stärken und die Präsenz im Ausland auszubauen.

Umsatz steigt dank Exporten

Die Unternehmen der deutschen Medizintechnikbranche erwirtschafteten 2022 einen Umsatz von insgesamt 38,4 Milliarden Euro. Zwischen 2014 und 2022 stieg der Umsatz um 51 Prozent, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 5,7 Prozent entspricht. Das größte Plus verzeichneten Großunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten.

Besonders stark entwickelten sich die Geschäfte im Ausland: Die Exportquote der Branche stieg zwischen 2014 und 2022 von 64 Prozent auf 67 Prozent. Zur Jahrtausendwende lag sie noch bei rund 50 Prozent, Anfang der 1990er-Jahre bei rund 40 Prozent.

Überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum

Im Jahr 2022 waren in Deutschland knapp 160 000 Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten tätig. Zwischen 2014 und 2022 sind rund 34 500 Arbeitsplätze entstanden. Damit ist die Zahl der Beschäftigten seit 2014 im Schnitt um 3,1 Prozent pro Jahr gestiegen – deutlich stärker als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt, das ein jährliches Wachstum von lediglich 0,4 Prozent aufwies.

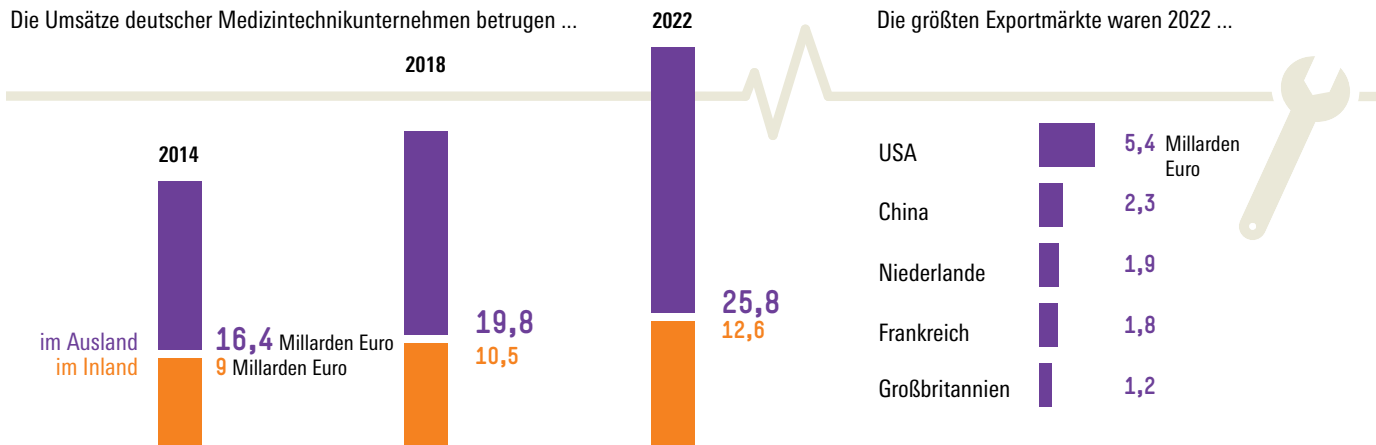
Mittelstand dominiert die Branche

Die Branche gliedert sich im Wesentlichen in zwei Bereiche: Erstens die Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien. Hier arbeiteten 2022 rund 136 000 Beschäftigte in 1414 Betrieben, die einen Umsatz von 28,7 Milliarden Euro erzielten. Zweitens die Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten. Hier waren 24 000 Beschäftigte in 53 Betrieben tätig. Der Umsatz belief sich auf 9,7 Milliarden Euro.

Die Branche ist insgesamt mittelständisch geprägt: 93 Prozent der Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Nur vier Prozent haben zwischen 250 und 499 Beschäftigte, drei Prozent haben 500 und mehr. Die beiden Teilbereiche der Branche sind etwas unterschiedlich strukturiert: Im Bereich elektromedizinische Geräte waren 2022 rund 76 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, im Bereich medizinische Apparate und Materialien sogar 94 Prozent.

Wachstum dank starker Exporte

Die Umsätze deutscher Medizintechnikunternehmen betragen ...

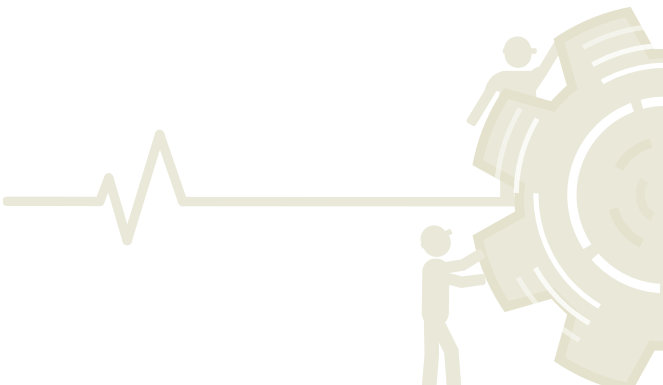


Quelle: Destatis 2023

Hans Böckler
Stiftung

Mehr Jobs

Die Zahl der Beschäftigten in der Medizintechnik* in Deutschland betrug ...



*Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten; Quelle: Destatis 2024

Hans Böckler
Stiftung

Revolution durch Digitalisierung und KI

Wie sich die Branche angesichts globaler Krisen, zunehmender Regulierung, gesellschaftlicher Veränderungen und technologischer Fortschritte entwickeln wird, ist schwer vorherzusagen. Einige Trends zeichnen sich jedoch deutlich ab, etwa dass die demografische Entwicklung und die Digitalisierung eine entscheidende Rolle spielen werden. Die Forschenden stellen folgende Thesen zur zukünftigen Entwicklung auf:

- § Die fortschreitende Integration von künstlicher Intelligenz (KI) und Big Data in die Medizintechnik wird zu einer „Revolution in der personalisierten Medizin“ führen. Die Entwicklung geht hin zu immer feineren Diagnosewerkzeugen und maßgeschneiderten Behandlungsstrategien, die individuelle genetische und gesundheitliche Profile berücksichtigen.
- § Um mit der rasanten Entwicklung Schritt halten zu können, sind umfassende Bildungs- und Qualifizierungsinitiativen erforderlich. Dazu gehört eine spezialisierte Weiterbildung für medizinisches Personal in den Bereichen Robotik, Datenanalyse und KI-Anwendungen.
- § Der Umgang mit Gesundheitsdaten und der Zugang zu medizinischen Technologien werden komplexer und ethisch anspruchsvoller. Neue Standards für die Datensicherheit und die Nutzung von Patientendaten sind notwendig, insbesondere in Bereichen wie genetischem Screening und KI-gestützter Diagnostik.

- § Die Verwendung umweltfreundlicher Materialien, die Energieeffizienz medizinischer Geräte und die Einführung von Recyclingverfahren für medizinische Produkte werden künftig eine größere Rolle spielen.
- § Die schnelle Anpassung an neue regulatorische Rahmenbedingungen, insbesondere an die EU-Medizinprodukteverordnung, wird für Medizintechnikunternehmen in Deutschland noch wichtiger werden.
- § Die Finanzierung von Innovationen wird nur möglich sein, wenn die Unternehmen alternative Finanzierungsquellen wie Risikokapital, öffentliche Fördermittel oder strategische Partnerschaften erschließen.
- § Die Branche wird sich zunehmend auf die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für globale Herausforderungen wie die Bekämpfung von Pandemien oder die Versorgung alternder Bevölkerungen konzentrieren.

Unterstützung durch Politik und mehr Mitbestimmung

Die Medizintechnik ist in hohem Maße innovationsgetrieben. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen Unternehmen am Standort Deutschland erfindereich sein und sich frühzeitig auf neue Märkte ausrichten. Dazu benötigen sie nach Ansicht der Forscherinnen und Forscher die Unterstützung der Politik: „Um neue Produkte und Technologien zu entwickeln, muss für Medizintechnikunternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung in Deutschland und Europa ein Umfeld geschaffen werden, in dem Innovationen ermöglicht und Investitionen gefördert werden.“ Dazu gehören industriepolitische Maßnahmen zur Sicherung des Forschungs- und Produktionsstandortes – so wie es andere vormachen. Die USA haben mit dem Inflation Reduction Act ein Instrument geschaffen, das auch für Medizintechnikunternehmen attraktive Fördermöglichkeiten bietet und Firmen aus Deutschland anzieht.

Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen in Deutschland spielen nach Ansicht der Forscherinnen und Forscher auch die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Qualifizierung. Aufgrund der technologischen Neuerungen und der Transformation der Branche sind spezielle Qualifizierungsmaßnahmen unerlässlich. Da die betrieblichen Interessenvertretungen und die Beschäftigten die Arbeitsabläufe am besten kennen, können sie zum Beispiel darauf hinwirken, dass Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Beschäftigten entsprechen und zielführend sind. Allerdings werde die Mitbestimmung in den Unternehmen derzeit „teils variabel gehandhabt“, so die Forschenden. In den Interviews gaben einige Betriebsräte an, dass sie etwa bei Digitalisierungsmaßnahmen einbezogen werden. Teilweise wurden die Beschäftigten jedoch erst am Ende eines Prozesses oder gar nicht beteiligt. Gerade in einer mittelständisch geprägten Branche wie der Medizintechnik besteht bei der Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten noch Nachholbedarf. <

Quelle: Karsten Werner u. a.: Branchenanalyse Medizintechnik, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 341, Juli 2024 [Link zur Studie](#)

13 von 15 Zielen verfehlt

Im Hinblick auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit hat Deutschland sich zuletzt schwach entwickelt. Das kann sich nur durch mehr Investitionen ändern.

Mehr als vier Jahre internationaler Krisen – Corona-Pandemie, russischer Überfall auf die Ukraine, Inflationswelle, wachsende geopolitische Spannungen – haben deutlich negative Spuren bei zentralen Kenngrößen wirtschaftlicher, staatlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in Deutschland hinterlassen. Die Bundesregierung hat zwar mit Hilfe von Kurzarbeit, Unterstützungszahlungen und Energiepreisbremsen verhindert, dass die Misere voll auf die Einkommen der Bevölkerung und den Arbeitsmarkt durchschlägt. Dieser Erfolg ändert allerdings wenig daran, dass Deutschland beim jüngsten Nachhaltigkeits-Check im Auftrag des IMK für den Zeitraum von 2019 bis 2023 eher schlecht abschneidet. Lediglich bei einem von 15 Indikatoren attestieren Fabian Lindner von der Hochschule für Technik und Wirtschaft und Anita Tiefensee von der Hochschule des Bundes in Berlin uneingeschränkten Fortschritt, nämlich bei der Arbeitsmarktentwicklung. Mit Abstrichen sehen der Verfasser und die Verfasserin der Studie auch die Senkung der Treibhausgasemissionen auf einem guten Weg. Was die übrigen 13 Politikziele angeht, steht die Ampel eher auf Rot oder Gelb als auf Grün.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag 2023 etwas niedriger als 2019, wozu die Wirtschaftseinbrüche 2020 und 2023, aber auch die wachsende Bevölkerung beigetragen haben. Der Konsum schwächelte. Das staatliche Krisenmanagement hat die Folgen der Coronakrise und der Energiepreisexplosion deutlich abgemildert, konnte reale Verluste jedoch nicht ganz verhindern. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug im vergangenen Jahr 6,1 Prozent und überschritt im Gesamtzeitraum klar die akzeptable Grenze. Infolge des Energiepreisschocks konnte von einer stabilen Preisentwicklung keine Rede sein. Bei der öffentlichen Verschuldung hat sich die Lage verschlechtert, wenn auch nicht dramatisch: „Eine Verschlechterung der langfristigen Schulden tragfähigkeit ist nicht zu befürchten.“ Viel problematischer sind aus Sicht von Lindner und Tiefensee die spärlichen Investitionen. Die Nettoinvestitionen gemessen am BIP sind in den Jahren 2022 und 2023 eingebrochen. „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zum Klima- und Transformationsfonds und die Reaktion der Bundesregierung darauf haben die Aussichten auf eine angemessene Investitionstätigkeit weiter verdüstert“, warnen Lindner und Tiefensee. Das starre Festhalten an der Schuldenbremse „schwächt sowohl die öffentlichen Investitionen als auch die Transformation der deutschen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität“. Wie auch das IMK, der Sachverständigenrat und viele weitere Fachleute empfehlen die Forschenden dringend eine Reform, etwa durch eine „Goldene Regel“, mit der der Staat in Höhe der Nettoinvestitionen Kredite aufnehmen könnte.

Bei der sozialen Nachhaltigkeit kommen die Forschenden ebenfalls zu ernüchternden Ergebnissen. Der Anteil der Armutsgefährdeten an der Gesamtbevölkerung lag 2022 bei

16,7 Prozent. Damit war er rund fünf Prozentpunkte höher als Ende der 1990er-Jahre. Allerdings: Neben dem Krisenmanagement, das noch Schlimmeres verhindert habe, werten Lindner und Tiefensee Verbesserungen bei der gesetzlichen Rente als Lichtblick, die einen weiteren Anstieg der Altersarmut unwahrscheinlich machen.

Die Ungleichheit der Haushaltseinkommen ist zuletzt etwas gestiegen. Zugenommen hat die Quote der Jugendlichen, die sich in keiner Ausbildung oder Qualifizierung befinden. Der Gender Pay Gap stagniert auf hohem Niveau und ist mit 18 Prozent weit von der Zehn-Prozent-Marke entfernt, die die Bundesregierung laut ihrer Nachhaltigkeitsstrategie anstrebt.

Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit hat Deutschland inzwischen ein wichtiges Ziel erreicht: Die Treibhausgasemissionen sind zwischen 1990 und 2023 um 46,2 Prozent gesunken und hielten so den Pfad zum Klimazwischenziel 2030 ein. Allerdings war das im Wesentlichen „nicht auf erfolgreiche klimapolitische Maßnahmen zurückzuführen“, sondern auf Sonderfaktoren wie die Energiekrise, so Lindner und Tiefensee.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch wächst: im Untersuchungszeitraum von knapp 15 auf knapp 20 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Der Pfad, der sich aus den europäischen Zielen zum Ausbau der erneuerbaren Energien ergibt, wurde allerdings bisher verfehlt. Auch die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs blieb hinter den Zielen der Bundesregierung zurück.

Die Forschenden resümieren: „Für die mittelfristige Zukunft von Wohlstand und Nachhaltigkeit in Deutschland besteht die Gefahr, dass die Bundesregierung in den nächsten Jahren zu einseitig die Einhaltung der Schuldenbremse priorisiert.“ Die Folgen: Die Sparpolitik verlangsamt das BIP-Wachstum und gefährdet damit die wirtschaftliche Stabilität. Die Investitionen bleiben zu niedrig. Fehlende Investitionen, zum Beispiel in die Bildung, erhöhen den Anteil junger Menschen ohne Abschluss. Armut und Ungleichheit nehmen zu. Auch die ökologische Nachhaltigkeit verschlechtert sich, da viele Investitionen und Gelder für den Umbau der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität bereits gestrichen wurden. Eine sichere, klimaverträgliche und bezahlbare Energieversorgung sei eine zentrale Anforderung, schreiben Lindner und Tiefensee. Sie sei einerseits wichtig, um die Legitimität der Klimapolitik nicht zu gefährden und einem weiteren Erstarken des Populismus keinen Vorschub zu leisten. Zum anderen sei sie notwendig angesichts wachsender geopolitischer Risiken für die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft, etwa wenn Donald Trump US-Präsident wird oder die Spannungen zwischen den USA und China weiter eskalieren. <

Quelle: Fabian Lindner, Anita Tiefensee: Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik in Zeiten der Polykrise, IMK-Study Nr. 94, Juli 2024 [Link zur Studie](#)

Gute Arbeit auf die Straße bringen

Unternehmen müssen nicht nur die Arbeitsbedingungen bei Zulieferern im Auge haben, sondern auch den Gütertransport.

Wenn sie vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) hören, denken viele an miserable Arbeitsbedingungen in fernöstlichen Fabriken. Doch „ausbeuterische und teilweise gegen Menschenrechte verstoßende Praktiken“ finden sich auch ganz in der Nähe: auf der nächsten Autobahn. Das schreiben Veronique Helwing-Hentschel, Martin Franz und Philip Verfürth vom Institut für Geographie der Universität Osnabrück. Sie haben in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt aktuelle Entwicklungen in der Logistikbranche untersucht. Eine ihrer Fragen: Inwieweit können das seit 2023 geltende LkSG und die vor dem Inkrafttreten stehende Lieferkettenrichtlinie der EU – Corporate Social Due Diligence Directive, kurz CSDDD – helfen, Verstöße gegen grundlegende Beschäftigtenrechte zu unterbinden? „Die Studie zeigt uns, wie wichtig es für Beschäftigte in der Transportlogistik ist, dass Deutschland die EU-Lieferketten-Richtlinie umsetzt. Und zwar je schneller, desto besser“, erklärt Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.

79 Prozent der Güterbeförderung in Deutschland werden per LKW erledigt. In der Branche herrschen großer Wettbewerbs- und Kostendruck. Die Digitalisierung hat vieles verändert, Beispiele sind die Auftragsvergabe über Plattformen oder die Echtzeitverfolgung von Lieferungen. Große Spediteure geben Aufträge häufig an Subunternehmen weiter, die sie teilweise abermals weiterreichen. Nur knapp die Hälfte der Transportleistungen wird von in Deutschland ansässigen Unternehmen erbracht. Vor 15 Jahren waren es noch 64 Prozent. LKW-Fahrende, die auf den hiesigen Straßen unterwegs sind, stammen oft aus Polen, Tschechien, Rumänien, Litauen oder auch aus Ländern außerhalb der EU. Die Löhne sind niedrig, die Arbeitsbelastung ist hoch. Verstöße gegen Arbeits- und Sozialstandards sind besonders in Subunternehmensbeziehungen an der Tagesordnung, so die Forschenden. Die Internationalisierung hat auch damit zu tun, dass sich deutsche Firmen schwertun, Personal zu finden.

„Gerade die Verhandlungsmacht von LKW-Fahrenden aus dem Ausland ist häufig gering“, so Helwing-Hentschel, Franz und Verfürth, da sie oft wirtschaftlich stark abhängig sind. Aber selbst den in Deutschland Angestellten fällt es nicht leicht, gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Schon wegen der „hohen Mobilität und räumlichen Verteilung der Arbeitskräfte“, aber auch, weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering ist und viele kleinere und mittlere Firmen nicht mitbestimmen sind.

Im vergangenen Jahr gab es immerhin zwei Protestaktionen von LKW-Fahrenden in Deutschland, die öffentliche Aufmerksamkeit erzielten. Einmal traten etwa 65 Fahrerinnen und Fahrer, meist aus osteuropäischen und zentralasiatischen Ländern, in einen wilden Streik und erzwangen die Auszahlung von Löhnen. Beim zweiten Protest beschränkten sich die Beschäftigten nicht darauf, auf dem Rastplatz stehenzu-

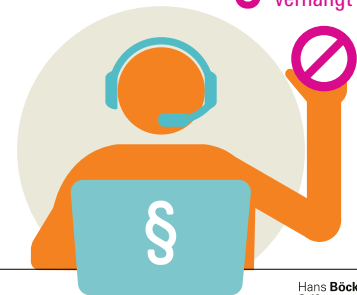
bleiben, sondern traten teilweise in den Hungerstreik. Neben der Gewerkschaft Verdi trat in diesem Fall auch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf den Plan, um Ansprüche der Beschäftigten durchzusetzen und eine Einigung mit dem Arbeitgeber zu erzielen. Dies war „einer der

Schleppender Start

Aufgrund von Beschwerden im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 2023 ...

6 Unternehmen kontaktiert

0 Sanktionen verhängt



Quelle: BAFA 2023

Hans Böckler Stiftung

ersten Anwendungsfälle des LkSG in der Logistik“ – denn das BAFA ist für die Kontrolle und Durchsetzung des Lieferkettengesetzes zuständig. Die Behörde durchforstete unter anderem Hunderte von Frachtbriefen und anderen Dokumenten.

Allerdings zeigte sich bald, dass „die Konsequenzen für Unternehmen seit der Einführung des LkSG bislang relativ gering ausfielen“, schreiben die Forschenden. Ändern könnte sich dies, wenn das Gesetz nach den Vorgaben der neuen EU-Richtlinie angepasst wird. Vor allem aus zwei Gründen: Erstens müssen Unternehmen dann auch „mittelbare Geschäftspartner“ – etwa Subunternehmen – proaktiv auf die Einhaltung von Standards überprüfen. Zweitens müssen Verstöße dann mit schärferen Sanktionen geahndet werden.

Dies dürfte Unternehmen dazu veranlassen, für mehr Transparenz in den Transportlieferketten zu sorgen. Dazu könnten auch ohnehin aufgezeichnete Daten verwendet werden, die etwa Aufschluss über die Einhaltung von Ruhezeiten geben. Dabei sei ein sensibler Umgang mit personenbezogenen Daten wichtig, betonen die Forschenden. Zudem bedürfe es „einer Verschärfung der bisher sehr aufwendigen behördlichen Vorgänge zur Feststellung von Regelverstößen im internationalen Straßengütertransport“.

Weiterhin bräuchten LKW-Fahrende eine bessere Versorgungsinfrastruktur, um etwa die seit 2022 verbotene, aber dennoch häufig praktizierte und wenig erholsame Übernachtung in der Fahrerkabine auf der Autobahnraststätte zu unterbinden. Schließlich sollten – beispielsweise gewerkschaftliche – Beratungsinfrastrukturen ausgebaut werden. „Denn die Umsetzung von Sorgfaltspflichten setzt voraus, dass Beschäftigte in Transportlieferketten ihre Rechte kennen und sichere Wege aufgezeigt bekommen, diese einzufordern.“ <

Quelle: Veronique Helwing-Hentschel u. a.: Sorgfaltspflicht in Transportlieferketten, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 343, Juli 2024 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

UNTERNEHMEN

Ehrlicher, wenn Frauen dabei sind



Betrugsfälle in großen Unternehmen können einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Ein Forscherteam aus Hamburg und Regensburg hat untersucht, wie sich die Zusammensetzung von Gruppen auf deren Ehrlichkeit auswirkt. Die Aufgabe bestand darin, sich per Videochat darauf zu einigen, ein Würfelergebnis wahrheitsgemäß wiederzugeben oder den eigenen Gewinn durch eine falsche Angabe zu erhöhen. Zum einen steigt die Neigung zu lügen mit zunehmender Gruppengröße. Zum anderen hat aber auch die Zusammensetzung der Gruppe Einfluss auf die Entscheidung: Vergleicht man rein männliche mit rein weiblichen Gruppen, fällt die höhere Unehrllichkeit der Männergruppen deutlich auf. Der Unterschied beträgt bei gleicher Gruppengröße bis zu 35 Prozentpunkte. <

Quelle: IZA, Juli 2024 [Link zur Studie](#)

ARBEITSZEITEN

Wunsch und Wirklichkeit klaffen auseinander

Das **Zuverdienermodell**, in dem der Mann voll arbeitet und die Frau nur in geringer Teilzeit, ...

	West	Ost
sehen als ideal an	42 %	21 %
praktizieren tatsächlich	63 %	38 %

Das **Sorgemodell**, in dem beide Partner etwa 30 Stunden arbeiten, ...

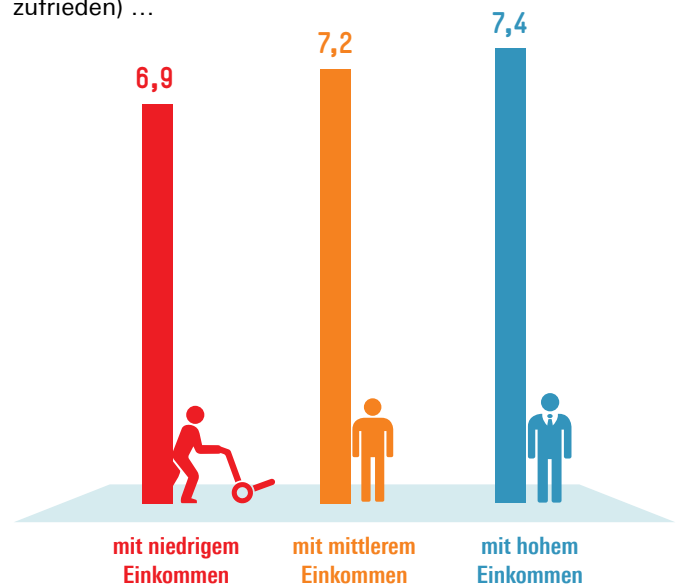
	West	Ost
sehen als ideal an	18 %	15 %
praktizieren tatsächlich	3 %	3 %

Quelle: DIW, Juli 2024 [Link zur Studie](#)

ARBEITSWELT

Zufriedenheit steigt mit dem Einkommen

So bewerten Beschäftigte ihren Arbeitsplatz auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) ...



Quelle: DIW, August 2024 [Link zur Studie](#)

BILDUNG

Ausbildung lohnt sich

So hoch ist die monatliche Vergütung im ersten Lehrjahr ...



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Juli 2024 [Link zur Studie](#)